



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS  
KREISTAGSFRAKTION LANDKREIS HARBURG

SPD-Kreistagsfraktion Lkr. Harburg, Steinbecker Str. 24, 21244 Buchholz

**PRESSEMITTEILUNG**

Neu Wulmstorf den 19.03.2019

## **„Versorgung mit Allgemeinärztlichen Leistungen im Landkreis Harburg sicherstellen“**

### **SPD-Kreistagsfraktion setzt sich für Modellprojekt „Kommunale Arztpraxen“ ein**

Steuern wir beim Angebot an hausärztlichen Leistungen in den nächsten zehn Jahren im Landkreis Harburg auf eine katastrophale Lücke zu?

Der Landkreis Harburg ist in vielerlei Hinsicht in seiner Lagegunst in der Metropolregion Hamburg bevorzugt – doch in einer Hinsicht scheint dies nicht gegeben zu sein. Denn nach gegenwärtigen Schätzungen und aus den Erkenntnissen vieler Gespräche mit Akteuren und Experten vor Ort ist klar: Es gibt ein Versorgungsdefizit bei der Allgemeinärztlichen Versorgung.

„Mehr als ein Drittel aller Allgemeinärzte im Landkreis Harburg wird in den nächsten Jahren das Ruhestandsalter erreichen“, sagt Tobias Handtke, Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion. „Schon heute wird über zu volle Wartezimmer und lange Wartezeiten geklagt. Es droht bis 2030 eine drastische Versorgungslücke. Der Anstieg älterer Jahrgänge bedeutet eine überproportional steigende Nachfrage nach Allgemeinärztlichen Leistungen in Hausarztpraxen. Es zeichnet sich ein Trend ab, dass die heranwachsenden Ärztinnen und Ärzte lieber als angestellte Mediziner tätig werden möchten als selbstständig eine Praxis zu führen.“

Dies nimmt die SPD-Kreistagsfraktion zum Anlass, einen Vorstoß im Landkreis Harburg zu einem Modellversuch für ein kommunal getragenes Medizinisches Versorgungszentrum (Allgemeinärztlicher Dienst plus einem oder zwei Facharztpraxen) mit angestellten Ärztinnen und Ärzten zu initiieren. Dabei würdigt die SPD-Kreistagsfraktion die Initiative des Landkreises, die mit dem Projekt „StadtLandPraxis“ einige Ärzte in den Landkreis einwerben und damit die Ausuferung eines weiteren Defizits lindern konnte.

Die Vorarbeit zu diesem Antrag war umfangreich. Eine kompetente Arbeitsgruppe der SPD mit Medizinern und erfahrenen Kommunalpolitikern hat viele Gespräche mit Akteuren geführt und erfährt überall große Unterstützung für das Vorhaben. Die Problematik der ärztlichen Versorgung ist dabei keineswegs auf den Landkreis Harburg begrenzt und gestaltet sich im stärker ländlich geprägten Raum noch viel dramatischer. Daher muss der Blick auf das „große Ganze“ geweitet werden:

SPD-Kreistagsfraktion  
Landkreis Harburg  
Steinbecker Straße 24  
21244 Buchholz

info@spdfraktion-lkharburg.de  
www.spdfraktion-lkharburg.de

Vorsitzender:  
Tobias Handtke  
Theodor-Heuss-Str. 111c  
21629 Neu Wulmstorf

Telefon (040) 76113977  
Mobil (0172) 5905092  
t.handtke@spdfraktion-lkharburg.de

Ein hoher Anteil an weiblichen Studierenden in der Medizin (heute bereits 70 Prozent aller Studierenden), die kaum die Selbstständigkeit anstreben, der Wunsch nach Teilzeitarbeit bei Ärztinnen und Ärzten, geregelte Arbeitszeiten, Familienorientierung und andere Lebensentwürfe auch männlicher Mediziner sowie die Zurückhaltung einer Praxisübernahme oder -gründung auf langjähriger Kreditbasis sind Gründe für einen Verzicht auf Selbstständigkeit – insbesondere auf dem Lande, wo es weniger lukrative Privatpatienten gibt.

Die Beschränkung der Medizinstudienplätze wirkt sich restriktiv auf die Arztstellen und damit auf die ärztliche Versorgung aus.

„50 Prozent der in der Medizin Studierenden wandern nach ihrem Abschluss wegen der schlechten Arbeitsbedingungen im Gesundheitsbereich in andere Bereiche ab und fehlen in der Gesundheitsversorgung. Es ist also unabdingbar, die Zahl der Studienplätze, wie von der niedersächsischen Landesregierung gerade angeschoben, dauerhaft zu erhöhen“, weiß der Sozialdemokrat und Allgemeinmediziner Norbert Eckhardt zu berichten.

Auch an der „Schraube Zulassungskriterien“ muss gedreht werden. Der Numerus Clausus ist als eines der Zulassungskriterien zum Medizinstudium zu hinterfragen – und sollte am besten fallen gelassen werden.

Die Betrachtung nur auf den Landkreis würde also viel zu kurz greifen. Deshalb ist der Antritt der SPD-Kreistagsfraktion lediglich ein erster – aber notwendiger – Schritt für mehr: Alle Beteiligten – Politik (Bund, Länder, Kommunen), Kassenärztliche Vereinigungen und Ärztevertretungen – sind gefordert, zusammen an der Lösung des Problems mitzuwirken.

Dazu gehört eine Rahmenplanung, die nicht nur den Mangel verwaltet, sondern perspektivisch und mit Blick auf den demografischen Wandel für eine ausgewogene und hinreichende Versorgung mit Allgemeinärzten und auch Fachärzten sorgt. Letzten Endes wird es auch hier wieder um Geld gehen, das der Staat einsetzen werden muss. Die Frage ist also: Wie stellt sich der Staat in Zukunft auf, um die ärztliche Versorgung der Bevölkerung nachhaltig sicherzustellen?

Tobias Handtke  
Vorsitzender  
Kreistagsfraktion

Klaus-Wilfried Kienert  
Vorsitzender Ausschuss für  
Soziales und Integration